



Große Ehre für Eifeler Jung

Sven Voss moderiert Wahl der „Sportler des Jahres“. Seite 32

Kulturdezernentin Theis-Scholz zieht im RZ-Interview Bilanz

Amtszeit endet am Freitag. Seite 17

Wertvolle Gewinne - täglich bis 23. Dezember!



Infos auf der großen Gewinnspielseite.

Ahrtal kratzt an der Schuldenbremse

Die Ampelregierung prüft eine Ausnahme für die Milliardenhilfe - Was außerdem im neuen Haushalt geplant ist

Berlin. Es seien schwierige Abwägungen gewesen, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zum Haushalt 2024, dem tagelange Verhandlungen mit Robert Habeck (Grüne) und Christian Lindner (FDP) vorausgegangen waren. „Wir haben uns darauf verständigt, Ausgaben zu priorisieren, ohne die soziale Sicherheit in unserem Land oder die Transformation aufs Spiel zu setzen“, versicherte Scholz. Der Bundestag soll in der ersten Sitzungswoche des neuen Jahres darüber beraten. Ein Überblick.

1 Ahrthalhilfe: Die Ampelregierung prüft eine Ausnahme von der Schuldenbremse für die weiteren Zahlungen an die von der Flutkatastrophe im Ahrtal betroffenen Menschen. Scholz will dazu die Union als größte Oppositionsfraktion einbinden. Generell halte man mit dem Haushalt 2024 die Schuldenregel nach Artikel 115 des Grundgesetzes ein, sagte der Kanzler. Das Grundgesetz sehe aber ausdrücklich vor, dass die Kreditobergrenzen zur Bewältigung von Naturkatastrophen und außergewöhnlichen Notsituationen angehoben werden könnten. Bei der Ahrthalhilfe gehe es 2024 um einen Betrag von 2,7 Milliarden Euro, „für den wir den Überschreitensbeschluss nach dem Grundgesetz vorsehen möchten.“

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, Thorsten Frei, reagierte skeptisch. Die Voraussetzungen für ein Lösen der Schuldenbremse seien nicht gegeben. „Das ist keine neue Naturkatastrophe“, sagte der CDU-Politiker im TV-Sender Phoenix. „Das ist kein unvorhersehbares, vom Staat nicht beeinflussbares Ereignis, das gravierende Auswirkungen auf die Ordnung der Staatsfinanzen haben würde. Das sind ja die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen.“

Die rheinland-pfälzische Regierungschefin Malu Dreyer (SPD) nannte die Signale von Scholz zu den Fluthilfen im Ahrtal „ein starkes Zeichen“. Er habe „deutlich gemacht, dass sich die betroffenen Bürgerinnen und Bürger auf die gemachten Zusagen der Regierung verlassen können.“

2 CO₂-Preis: Die Ampelkoalition will den CO₂-Preis beim Tanken und Heizen mit fossilen Energien anheben. Der CO₂-Preis steigt zum 1. Januar 2024 nicht wie bis-



Der Aufbau im Ahrtal (oben) kostet viel Geld. Aus dem Bundeshaushalt sollen dazu 2,7 Milliarden Euro fließen. Darüber hinaus werden im Etat klimaschädliche Subventionen abgeschafft und Bundeszuschüsse verringert. Die Kaufprämien für E-Autos laufen früher aus, es wird eine Kerosinsteuer für innerdeutsche Flüge geben sowie einen höheren CO₂-Preis, der das Tanken teurer macht. Fotos: Boris Roessler/dpa, Julian Stratenschulte/dpa, Federico Gambarini/dpa, Marijan Murat/dpa

her geplant auf 40 Euro pro Tonne, sondern auf 45 Euro. Die Folge: Tanken und Heizen mit fossilen Energien wird teurer als geplant. Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung fließen in den Klima- und Transformationsfonds, aus dem Projekte unter anderem für Klimaschutz finanziert werden. Durch den höheren Preis gibt es nun also Mehreinnahmen. Derzeit liegt der CO₂-Preis bei 30 Euro. Der Liter Benzin wird sich laut ADAC Mittelrhein einschließlich der bereits beschlossenen Anhebung von 2023 auf 2024 um rund 4,3 Cent erhöhen, der Liter Diesel um 4,7 Cent.

3 Kerosinsteuer: Für innerdeutsche Flüge soll es eine Kerosinsteuer geben. Bisher ist im gewerblichen Luftverkehr eingesetztes Kerosin von der Energiesteuer

befreit. Zudem sollen Steuervergünstigungen für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft gestrichen werden, der sogenannte Agrardiesel. Betriebe der Land- und Forstwirtschaft können sich einen Teil der für ihren Kraftstoffverbrauch gezahlten Energiesteuer auf Antrag zurückerstatten lassen.

Keine Änderungen geben soll es bei der Dienstwagenbesteuerung und bei der Pendlerpauschale.

4 Netzentgelte: Die Netzentgelte sind ein Bestandteil des Strompreises und werden deutlich steigen, denn die Regierung muss den eigentlich geplanten milliardenschweren Zuschuss streichen. Das Geld sollte aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds kommen, als Folge des Haushaltsurteils des Bundesverfassungsgerichts

muss die Bundesregierung diesen Sondertopf allerdings zum Ende des Jahres auflösen. Wie die Übertragungsnetzbetreiber mitteilen, betragen die finalen Übertragungsnetzentgelte im Jahr 2024 im Mittel 6,43 Cent pro Kilowattstunde. Im laufenden Jahr lagen sie aufgrund eines vom Bund gewährten Zuschusses bei 3,12 Cent.

5 Elektroautos: Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sagte, man werde unter anderem bei der Förderung der Elektromobilität und der Solarindustrie kürzen. „Das tut mir weh“, ergänzte der Minister. Die Einsparungen, die die verschiedenen Ministerien leisten müssten, seien erheblich. Details nannte er noch nicht. Marco Hillmann vom ADAC Mittelrhein warnte allerdings, In-

teressenten von E-Autos müssten damit rechnen, dass es künftig keine Förderung von Neufahrzeugen mehr geben werde. Für den Hochlauf der E-Mobilität würde das laut ADAC einen erheblichen Dämpfer gerade bei Kleinwagen und in der Mittelklasse bedeuten. Geplant war bisher, dass die Kaufprämien für E-Autos 2025 auslaufen.

6 Soziales: Inwiefern im Sozialen gekürzt wird, bleibt zunächst offen. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) sagte, es gehe auch um Einsparungen im Bereich des Bundesarbeitsministeriums. Es werde aber „keine Reduzierung von sozialen Standards geben“. Durch mehr „Treffer Sicherheit“ im Bereich Arbeitsmarkt könnten dennoch 1,5 Milliarden Euro eingespart werden. Einzelheiten wurden auch auf Nachfrage nicht genannt. Zu hören war, dass der Steuerzuschuss des Bundes zur Rentenversicherung sinken soll.

7 Ukraine: Die Spitzen der Koalition sichern der Ukraine weitere und umfassende Hilfen zu. Diese Unterstützung werde aus dem Regelhaushalt gestemmt, „so wie wir es geplant haben und vor allem so lange wie nötig“, bekräftigte Scholz. Dazu zählen 8 Milliarden Euro für Waffen, Finanzhilfen für den ukrainischen Haushalt und voraussichtlich mehr als 6 Milliarden Euro zur Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge hier in Deutschland.

8 Transformation: Der Klima- und Transformationsfonds bleibe das zentrale Instrument des Bundes für den klimaneutralen Umbau des Landes, sagte Scholz. Er habe noch immer ein Gesamtvolumen von 160 Milliarden Euro. Allein 2024 würden die Ausgaben aber um 12 Milliarden Euro verringert. Nicht davon betroffen sind die Milliardenzuschüsse für Industrieprojekte in Ostdeutschland. Der US-Hersteller Intel baut bei Magdeburg eine neue Chipfabrik für 30 Milliarden Euro, der Staat will 10 Milliarden Euro zuschießen. Der taiwanische Konzern TSMC plant eine Halbleiterfabrik in Dresden mit einem Investitionsvolumen von mehr als 10 Milliarden Euro. Hier soll der staatliche Zuschuss bei 5 Milliarden Euro liegen. dpa, red

Einen Kommentar zum Haushalt 2024 lesen Sie auf Seite 5

Ein Meilenstein fürs Klima?

Reaktion auf Ergebnisse der Konferenz in Dubai

Dubai. Die beiden wissenschaftlichen Direktoren des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung loben den Beschluss der UN-Klimakonferenz, weisen aber auf nötige Nachbesserungen hin. Das Ergebnis könne die Erderwärmung zwar nicht auf 1,5 Grad begrenzen, sei aber „ein entscheidender Meilenstein“, erklärte Ko-Direktor Johan Rockström. „Dieser Beschluss macht allen Finanzinstituten, Unternehmen und Gesellschaften klar, dass wir nun endlich, acht Jahre nach dem Zeitplan von Paris, am wahren Anfang vom Ende der von fossilen Brennstoffen angetriebenen Weltwirtschaft stehen.“

Nötig sein nun eine rasche Abkehr von Öl, Kohle und Gas – mit dem Ziel, bei den Emissionen bis 2050 eine Netto-Null zu erreichen. Er bemängelte: „Die Aussage zur Abkehr von fossilen Brennstoffen bleibt jedoch zu vage, und es gibt keine harten und nachvollziehbaren Grenzen für 2030, 2040 und 2050.“ Rockström betonte, es seien „auch kollektive, globale Vereinbarungen über die Finanzierung, die Bepreisung von Kohlenstoff und den Technologieaustausch erforderlich, und zwar in einem Umfang, der weit über das hinausgeht, was derzeit auf dem Tisch liegt.“ epd

Mehr zum Ergebnis der Klimakonferenz lesen Sie auf Seite 7

Die gute Nachricht

Das Goethe-Institut geht nach Osteuropa

Das Goethe-Institut will seine Aktivitäten in Osteuropa und im Südkaukasus ausbauen. Im kommenden Jahr soll ein neues Goethe-Institut in der armenischen Hauptstadt Eriwan und ein gemeinsames Deutsch-Französisches Kulturinstitut im kirgisischen Bischkek eröffnet werden, kündigte der Generalsekretär des Goethe-Instituts, Johannes Ebert, an. Zudem sei der Aufbau von Präsenzen in der Republik Moldau und in Polen ab 2025 geplant. Auch die Eröffnung eines Goethe-Instituts in Baku, der Hauptstadt Aserbaidschans, sei in Vorbereitung. „Dieser Teil Europas muss angesichts der Aggression Russlands und seines Angriffskrieges gegen die Ukraine von uns mehr Aufmerksamkeit als bislang erfahren“, sagte Ebert. epd

INHALTSVERZEICHNIS

Wirtschaft	7
Leben	9
Kultur	10
TV-Programm	14
Intermezzo: Roman, Horoskop	29

DIGITALES

www.rhein-zeitung.de
www.facebook.com/rheinzeitung
www.instagram.com/rheinzeitung

WIR FÜR SIE

Aboservice Tel.: 0261/9836 2000
Anzeigen Tel.: 0261/9836 2003
Redaktion Tel.: 0261/9836 5000



Missbrauchsfall Dillinger: „Fakten sind erschreckend“

Aufarbeitungskommission legt neuen Zwischenbericht vor und kritisiert das Bistum scharf - Staatsanwaltschaft tritt auf der Stelle

Trier. Über die Missbrauchstaten des Ende 2022 verstorbenen Priesters Edmund Dillinger kommen immer mehr Fakten ans Licht. Die in einem zweiten Bericht dargestellten Tatsachen seien „erschreckend und belastend“, teilte die unabhängige Aufarbeitungskommission im Bistum Trier am Mittwoch mit. Dillingers Taten erstreckten „sich über viele Jahrzehnte und viele Kontinente – oft unter Ausnutzung seiner ehrenamtlichen und vor allem kirchlichen Kontakte“. Das

Ausmaß der Fälle sei „bedrückend“. Die Kommission kritisierte die „weitgehende Untätigkeit nicht nur des Bistums“ in dem Fall. „Das Nichtstun und Wegsehen so vieler schmerzt und ärgert.“

Der ehemalige Priester aus Friedrichsthal im Saarland soll ab den 1970er-Jahren Jugendliche sexuell missbraucht und in teils pornografischen Posen fotografiert haben. Dillingers Neffe Steffen hatte nach dem Tod des Mannes zig ungerahmte Dia-Aufnahmen in des-

sen Haus gefunden – und war damit an unsere Zeitung herangetreten, die im April als erste über die Vorwürfe berichtet hatte.

Im neuen Zwischenbericht heißt es nun, inzwischen seien neun Betroffene namentlich bekannt. Einige hätten erst jüngst von sexuell übergriffigem Verhalten des katholischen Geistlichen berichtet: auf einer Urlaubsreise mit Messdienern nach Tunesien oder in dessen Wohnung in Hermeskeil. Schon länger bekannt sei ein Fall des se-

xuellen Missbrauchs eines 15-Jährigen im Jahr 1970 bei einer Wallfahrt nach Rom. Man hoffe, dass sich weitere Opfer melden. Zudem appelliere man an Personen und Institutionen, an die sich Betroffene gewandt haben, die Arbeit der Kommission zu unterstützen.

Daneben beschäftigt sich auch die Staatsanwaltschaft Saarbrücken mit dem Fall – deren Ermittlungen verlaufen allerdings ernüchternd. Sie habe noch kein Ergebnis erzielt, hieß es jetzt. Ziel

des Ermittlungsverfahrens gegen unbekannt ist es, Zeugen zu finden, die Angaben zu etwaigen noch lebenden Tätern und noch nicht verjährten Straftaten in dem Komplex machen können. „Bislang wurden weder eine konkrete Tat noch ein bestimmter Täter ermittelt“, teilte ein Sprecher mit. Die Ermittlungen seien aber noch nicht abgeschlossen und würden in verschiedene Richtungen geführt. dpa

Mehr auf Seite 3